

Wie baut Österreich besser?

Darüber diskutiert der neue Beirat für Baukultur ab Juli im Dachfoyer des Bundeskanzleramts. Wirkliche Macht hat er allerdings nicht.

Frage: Wie muss ein Schulgebäude aussehen, in dem Schüler ihre Nachmittage verbringen (wollen)? Wo muss man ansetzen, damit man die „Verhüttelung“ Österreichs in den Griff bekommt? Und drittens: Wo findet man Lösungen für Probleme wie diese, die dann, bitte schön, auch durchgesetzt werden?

Antwort: im Dachfoyer des Bundeskanzleramts. Demnächst. Denn Anfang Juli wird sich dort der neue Beirat für Baukultur zu seiner ersten Arbeitssitzung treffen. Und wenn große Runden große Erwartungen rechtfertigen, dann sind diese angebracht. Immerhin ist der ursprünglich – nämlich im ersten „Österreichischen Baukulturreport“ im Jahr 2006 – als kleines Fachgremium geplante Beirat im Zuge der Begutachtung der nötigen Verordnung auf eine staatstragende Runde von zirka 30 Leuten angeschwollen. Zu ihr gehören nebst zehn externen Experten Vertreter aller (!) Ministerien, der Länder, des Städtebundes, des Gemeindebundes, des Denkmalamtes und der Bundesimmobiliengesellschaft. Dass alle „reinwollten“, deutet Harald Dossi, Leiter der Koordinationssektion im Bundeskanzleramt und dessen Vertreter im Beirat, positiv: „Als wir merkten, dass es ein so großes Grundinteresse gibt, wollten wir das unterstützen.“

Aber Interesse woran? Das ist nicht ganz leicht zu definieren. Ist doch das Aufgabengebiet des Beirates so weit wie der Begriff „Baukultur“. Inhaltlich geht es u. a. um Fragen der Raumordnung, der Kultur, des Baurechts, der Infrastruktur. Strukturell steht die Beratung der Bundesdienststellen durch Experten im Mittelpunkt. Immerhin ist der Bund – ob bei Gefängnissen, Kasernen, Schulen oder Straßen – ein wichtiger Bauherr. „Das Argument der Architekten war immer, dass man alles besser machen könnte. Jetzt bringen wir Experten und Entscheidungsträger zusammen“, sagt Dossi.

Prinzip „Steter Tropfen . . .“ Eine dieser Expertinnen leitet (ehrenamtlich) auch den Beirat: Bettina Götz. Ihr – sie war damals Kommissärin der Architekturbiennale – wurde der Vorsitz vom früheren Bundeskanzler Alfred Gusenbauer angetragen. Weiters dabei: Raumplaner und Autor Reinhard Seiß, der Vorstand der Architekturstiftung Österreich Christian Kühn oder auch Architekt Wolf D. Prix, der dort allerdings nicht als externer Experte, sondern für ein Ministerium sitzt.

Ihrer und der Beamten harrt jedenfalls ein großer Themenberg, aus dem in der konstituierenden Sitzung Anfang März vier große Brocken herausgebrochen wurden: die Problematik der Zersiedelung; die veralteten Schulgebäude; die richtige Förderung von Stadterweiterung und der moderne Denkmalschutz. Das Instrumentarium, das zur Bearbeitung dieser schweren Trümmer zur Verfügung steht, ist allerdings weniger die Spitzhacke, sondern passt eher zum Motto „Steter Tropfen . . .“

Rein technisch hat der Beirat, der oft in Untergruppen arbeiten wird, nämlich bloß „die Macht des guten Arguments“, wie Dossi formuliert. Soll heißen: Er darf beraten (für Beschlüsse braucht es die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder) und Empfehlungen aussprechen, die im jährlichen Tätigkeitsbericht zusammengefasst werden. Er darf auch den Baukulturreport 2011 vorbereiten. Mehr nicht.

Wobei: So wenig sei das nicht, sagt Götz. Denn: „Die Wirkung hängt auch immer von den konkreten Personen ab.“ Und von deren Lust, sich eventuell gemeinsam nicht nur zu Grundsatzproblemen, sondern auch zu aktuellen Anlassfällen zu äußern (man denke an den Wiener Hauptbahnhof). Während Götz sich das „gut vorstellen kann“, wiegelt Dossi ab: „Der Beirat ist dafür zu schwerfällig, er trifft sich nur drei, vier Mal im Jahr.“ Überhaupt könne dies die „Grundhomogenität“ strapazieren. Mag sein. Es würde aber auch das vorher erwähnte „Grundinteresse“ an Baukultur steigern. Und zwar außerhalb des Dachfoyers des Bundeskanzleramts.